

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/220

17. November 1975

Solidität und Solidarität

Zentrale Aufgaben im Dienste der SPD

Von Wilhelm Drüscher
Bundeschatzmeister der SPD

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Die Amtskirche und die Polen-Verträge

Ausübung muß auch von deutschen Katholiken getragen
werden

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Mitglied
des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Seite 3 / 33 Zeilen

Menschenführung ist eine zentrale Aufgabe

Bemerkung zur Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr

Von Erwin Horn MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 bis 6 / 83 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ederl

5300 Bonn 12, Neesstraße 2-10
Postfach: 189 409
Pressenhaus 1, Zimmer 217-220
Telefon: 37 65 37 - 39
Telefax: 37 65 38 - 40 ppkn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 100-112, Telefon: 376611

Solidität und Solidarität

Zentrale Aufgaben im Dienst der SPD

Von Wilhelm Dröschner
Bundesschatzmeister der SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die traditionsreichste, mitglieder- und wählerstärkste Partei geht - von Mannheim aus - nach innen und außen gestärkt in das Wahljahr 1976. Es wird ein schweres Jahr werden, weil es der politische Gegner - wie 1972 - darauf angelegt hat, gemeinsam mit interessierten Teilen der Großwirtschaft die nun neu manifestierte politische und geistige Führung durch die Sozialdemokraten und eine sozialliberale Bundesregierung zu verhindern. Mit so ziemlich allen Mitteln, wie wir aus Erfahrung wissen.

Dafür, daß die Rechnung der konservativen bis reaktionären Kräfte nicht in Erfüllung geht, sondern Wunschtraum bleibt, hat der Mannheimer Bundesparteitag die denkbar besten Voraussetzungen geschaffen. Die Partei hat, wie die Diskussionen in den Arbeitskreisen und die Beschlüsse im Plenum zeigen, nicht alle sachlichen Unterschiede in Einzelfragen "unter den Teppich kehren" wollen. Eine Reformpartei wie die SPD kann natürlich nicht ohne ein ernstes Ringen um die künftige Entwicklung existieren. Aber die Delegierten einer längst mündigen Volkspartei haben eben auch gezeigt, daß sie nicht daran denken, über den Problemen der Zukunft die Gegenwart zu vergessen, und daß sie vor allem nicht bereit sind, einem in der Sache schwachen und auseinandergelassenen politischen Gegner den Gefallen zu erweisen, selbst uneinig in einen der härtesten Wahlkämpfe zu gehen, den die Sozialdemokraten in ihrer 113jährigen Geschichte zu bestehen haben werden.

Solidarität, wie sie für die SPD gute Tradition ist und wie sie die Delegierten in Mannheim bewiesen haben, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, auch wenn Sozialdemokraten ohne sie kaum Sozialdemokraten sein könnten. Aber Solidarität heute, da die SPD eine große Volkspartei ist, die eine weite Spannweite haben und behalten muß, ist fraglos weniger einfach zu praktizieren als in früheren Jahren und Jahrzehnten. Aber es ist - das hat Mannheim bewiesen - möglich unter Freunden, die nicht

immer im Detail, weithin aber im Grundsätzlichen und im großen Ziel einig sind. Diese Solidarität bedarf der Pflege und des praktischen solidaren Handelns aller auch im politischen und im parlamentarischen Alltag, nicht nur auf Parteitage.

Der Mannheimer Parteitag hat sich in Überwältigender Geschlossenheit hinter Willy Brandt und die stellv. Vorsitzenden Helmut Schmidt und Hans Koschnick gestellt. Auch mir wurde ein großer Vertrauensbeweis als Nachfolger von Alfred Nau im Amt des Schatzmeisters zuteil. Es ist sicher zu früh, schon jetzt ein "Programm" für meine Arbeit verkünden oder auch nur detailliert andeuten zu wollen. Gewiß ist heute aber dieses: Ich werde mich mit aller Kraft bemühen, das Erbe meines Freundes und Vorgängers Alfred Nau - der mir eine der solidesten Geschäfts- und Finanzgrundlagen übergeben hat, über die eine demokratische Partei verfügen kann - im besten Sinne zu wahren und zu mehren; vor allem werde ich aber auch meine Kraft dafür verwenden, daß der solidaren Partei auch in Zukunft eine solide materielle Basis zur Verfügung steht. Ich meine, daß auch im organisatorischen Bereich - und ich möchte die Mitarbeiter in der Partei und in den der Partei ganz oder teilweise gehörenden Betrieben mit einschließen - Solidarität und Solidität des politischen und des fachlichen Handelns bestimmen werden, auch dann, wenn es gilt, schwierige und schwerwiegende Entscheidungen zu treffen.

In den Wahlkampf, den wir jetzt gemeinsam führen, um unsere Führung im Staat zu behaupten, gehen Deutschlands Sozialdemokraten einig und geschlossen. Wenn der Schatzmeister für 1976 der Partei und sich selbst ein Ziel setzen soll, so - neben dem Sieg im Oktober des nächsten Jahres - einen neuen Mitgliederzuwachs. Ich meine, die Partei, wie sie sich heute überzeugend darbietet, ist nicht nur für Millionen Bürger immer wieder vertrauenswürdig und damit wählbar, sie kann und soll auch die ständige Heimat von mehr und mehr Bürgern werden, die in ihr nicht nur eine, sondern die politische Heimat sehen und so bei dem großen Demokratisierungsvorhaben unserer Gesellschaft aktiv und verantwortlich durch "Mitreden und Mithandeln" mitwirken können. (-/17.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Die Amtskirche und die Polen-Verträge

Aussöhnung muß auch von deutschen Katholiken getragen werden

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und

Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in diesen Tagen sehr klar und unmißverständlich zu den Fragen der Zionismuserklärung der Vollversammlung der Vereinten Nationen Stellung genommen, die unser Volk besonders angeht.

Umso mehr muß überraschen, daß sowohl der Episkopat als auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken zu der Frage der Polenverträge bisher keine vergleichbar eindeutige Erklärung abgegeben haben.

Die Öffentlichkeit wäre nicht verwirrt worden, wenn man sich weiterhin auf die Erklärung der deutschen Bischöfe von 1970 als Grundlage für die Haltung der katholischen Kirche in Deutschland zur Aussöhnung mit Polen bezogen hätte.

Nachdem aber der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Hoyer, vor einigen Tagen so viel Verständnis für die ablehnende Haltung der Opposition zu dieser Frage bekundet hat, muß man sich fragen, ob kirchlicherseits nicht auch diejenigen Verständnis finden, die glauben, als Beitrag zur Versöhnung mit dem polnischen Volk diesen Verträgen zustimmen zu können.

Amtskirche und Zdk wissen ja wohl, daß Hilfe für den einzelnen Menschen Ziel der Verträge ist, auch wenn man in der gegebenen Situation diese Hilfe realistisch nur über die Vereinbarung mit der Regierung der Volksrepublik Polen anbieten kann.

Umso dankbarer muß man das Wort der Zustimmung ansehen, das die Diözesanversammlung des Bistums Limburg zu den Verträgen abgegeben hat. Es ist bedauerlich, daß davon bisher kaum etwas in Polen bekanntgeworden ist. Stimmen aus dem deutschen Katholizismus zu diesen Fragen werden in Polen besonders aufmerksam registriert, weil die Katholiken Polens erwarten, daß die Bemühungen um Aussöhnung auch von den deutschen Katholiken mitgetragen werden.

(-/17.11.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Menschenführung ist eine zentrale Aufgabe

Bemerkungen zur Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die Aus- und Fortbildung der Unteroffiziere stellt im Vergleich zu dem früheren Zustand einen erheblichen Fortschritt dar. Wir befinden uns dabei in einer Zeit des Überganges und des Umsetzens von der Konzeption in die Verwirklichung. Aus diesem Grund darf die angestrebte Reform nicht an den auftretenden Schwierigkeiten gemessen werden, sondern es ist zu überprüfen, ob die von uns gewünschte Zielrichtung stimmt. Dabei sind vier Ziele vorrangig.

Die Reform der Aus- und Fortbildung der Unteroffiziere soll die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erhöhen, zur weiteren Integration der Streitkräfte in die Gesellschaft beitragen, den Dienst attraktiver machen und damit die Bereitschaft zur Weiterverpflichtung erhöhen, und sie soll ein wandlungsfähiges Ausbildungssystem schaffen, das den ständigen Veränderungen im wissenschaftlich-technischen Bereich und in der Gesellschaft Rechnung trägt. Schwierigkeiten im Organisatorischen dürfen nicht dazu führen, daß Ausbildungsinhalte im Bereich der Inneren Führung und der Menschenführung abgebaut werden. Für die Sozialdemokraten steht der Mensch im Mittelpunkt seiner Politik, deshalb ist Menschenführung neben fachlicher und militärischer Ausbildung eine zentrale Aufgabe.

Es ist notwendig, daß die ZdV 10/1 (Hilfen für die Innere Führung) und die ZdV 12/1 (Politische Bildung in der Bundeswehr) in den Ausbildungsrichtlinien bei den verschiedenen Lehrgängen und in den einzelnen Ausbildungseinrichtungen als nachprüfbares Lernziel erkennbar sind. Eine Gewähr, daß der in Vorbereitung befindliche Lernzielkatalog für Menschenführung in den verschiedenen Ausbildungsebenen diesen Forderungen entspricht, ist nur dann gegeben, wenn institutionell sichergestellt ist,

daß die Erarbeitung dieser Richtlinien und die Inspektion darüber nicht in der gleichen Hand liegen. Damit könnte erreicht werden, daß Erfahrungen und Mängelrügen aus der Truppe auch für die politische und militärische Führung transparent gemacht werden, um Fehler abzustellen und die bestehenden Übergangsschwierigkeiten zu verringern. Trotz der begrenzten Zeit in der Truppe muß dem militärischen Vorgesetzten verständlich gemacht werden, daß die Verwirklichung der Forderung, qualifizierten Unteroffizieren eine bessere Aus- und Fortbildung zu ermöglichen, sowohl den Soldaten als auch langfristig der Bundeswehr selbst dient.

Analog zur Offiziersausbildung an den neuen Bundeswehrhochschulen ist es auch in diesem Bereich leider nicht möglich, aus sechlichen und finanziellen Gründen den älteren Unteroffizieren die gleiche Aus- und Fortbildung zu ermöglichen. Jede neue Reform schafft hier eine gewisse Zäsur. Hätten frühere CDU-Regierungen vor acht oder zehn Jahren diese Reformen in Gang gesetzt, dann träten heute die Belastungen für den betroffenen Personenkreis nicht auf. Im Bereich der Ausbildungstufe C wird die Diskussion um drei zentrale Punkte geführt:

1. Verlängerung des Grundlehrganges bei der Stabs- und Generalstabsausbildung;
2. Verkürzung des Verwendungslehrganges; dadurch erhalten 100 Prozent der künftigen Stabs- und Generalstabsoffiziere eine verlängerte und bessere Ausbildung, während die Ausbildungszeit von nur zehn von der künftigen Generalstabsoffiziere geringfügig verkürzt wird, was durch Straffung und Intensivierung des Ausbildungsprogrammes erreichbar erscheint;
3. Regelungsverfahren für das Konsilium in der Führungsakademie.

Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, daß der Stil in einem hochschulähnlichen Bereich wie an der Führungsakademie kooperativ sein muß. Fragen der Ausbildung und Lehre sind heute von so komplexer Natur, daß

sie nicht von einem Kommandeur allein beherrscht werden können. Es überschreitet die Kapazität eines einzelnen, bis in alle Bereiche inhaltliche Lehr- und Lernanweisungen geben zu können. Das Konsilium soll kein Mitbestimmungsgremium sein, aber es muß eine sinnvolle Beratungs- und Mitwirkungsfunktion erhalten, die auch institutionell abgesichert ist.

Die Bundeswehr ist keine Einrichtung sui generis; sie muß von den Bürgern dieser Gesellschaft getragen werden. Deshalb muß gerade auch die Stabs- und Generalstabsausbildung diesen Kriterien gerecht werden, sonst geriete die Bundeswehr in Gefahr, zu einem Anachronismus in Staat und Gesellschaft zu werden. Wir Sozialdemokraten wollen die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr erhalten und stärken, damit sie ihrer politischen Aufgabe gerecht werden kann. Wir wenden uns entschieden gegen Unterstellungen konservativer und rechtsextremer Kräfte, daß die SPD eine Schwächung der Stabs- und Generalstabsausbildung beabsichtige; das Gegenteil ist der Fall. Aber: Liberale Durchlüftung, demokratisch-politische Bildung und Erziehung zur Kooperation und einem erhöhten Maß an Selbständigkeit sind Voraussetzung dafür, daß die Bundeswehr ihre Aufgabe besser erfüllen kann. Wer die Bundeswehr von der gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Entwicklung abkoppelt - und alle drei Faktoren gehören unabdingbar zusammen -, der macht sie zum Museum der Nation. Dies ist genau der Schnittpunkt, an dem sich sozialdemokratische Sicherheitspolitik von der jener rechten Kräfte unterscheidet, die ständig mit Unterstellungen gegen sie arbeitet.

Der innere Zustand der Bundeswehr - sicher noch verbesserungswürdig - und die breite Zustimmung der Bevölkerung zur Bundeswehr zeigen eindeutig, daß wir als Sozialdemokraten mit unserer Sicherheitspolitik und hier speziell mit unserer Bildungspolitik im Bereich der Bundeswehr auf dem richtigen Weg sind.

(-/17.11.1975/wl/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller